

Die Akte Hegestraße

Im Haus Nr. 46 wohnen Handwerker, Lehrer und Lebenskünstler. Der Altbau nahe dem Eppendorfer Baum ist nicht modern, aber die Miete ist niedrig. Dann kauft ein Investor das Gebäude. Er will neue Wohnungen bauen und dann verkaufen. Dafür müssen die Mieter weg. Die Mieter fühlen sich schikaniert. Der Kampf beginnt. Ein Kampf, der auch viel über Anspruch und Wirklichkeit von Wohnungspolitik aussagt. Ein Dossier von Jan Haarmeyer und Volker ter Haseborg (Text) sowie Marcelo Hernandez (Fotos)

Von Jan Haarmeyer und Volker ter Haseborg, Hamburger Abendblatt, 14.06.2013

Seit einigen Wochen gibt es jetzt diese neuen Ansagen der U-Bahn. Der Eppendorfer Baum hat eine besonders nette: "Nächste Haltestelle Eppendorfer Baum. Wenn Sie's schön haben wollen, steigen Sie hier aus." Der Ansager zieht das Wort "schön" ein wenig in die Länge, sodass jeder versteht: Hier kann nicht jeder wohnen. Eigentlich ist damit alles gesagt. Also: aussteigen, die Treppen der U-Bahn-Haltestelle runter, rüber auf die andere Seite des Eppendorfer Baums. In der Boutique für Damen mit Anspruch kostet der rote Blazer 690 Euro. Unter der Eppendorfer Brücke paddeln Familien mit ihren Kanus auf dem Isebekkanal. Oben, im Schaufenster eines Einrichtungshauses, wird eine Liane feilgeboten. Was auch immer man damit machen soll: Sie kostet 599 Euro. Links geht es ab in die Hegestraße, die Fassaden der sanierten Altbauten leuchten in satten Farben.

Aber im Innenhof, hinter den Hausnummern 44 und 48, hinter einem Feinkostladen und einer weiteren Boutique, versteckt sich ein Haus, das es hier in bester Hamburger Lage nicht mehr geben soll. Die Hegestraße 46 besteht aus sechs Gebäuden, a bis f, es gibt zwei Seitengebäude und ein Rückgebäude, das nach hinten zum Isebekkanal rausgeht. Die Farbe der Fassaden blättert ab. Die Figuren, die die Fassaden verzieren, bröckeln vor sich hin. Die meisten Balkone sind leer, weil in den Räumen dahinter niemand mehr wohnt.

Helga Dohms wohnt in der Hegestraße 46d, zweiter Stock links. Sie schließt unten die Haustür auf, die Treppen steigt die 82-Jährige langsam hinauf, die Beine. Aber der Aufstieg durch das modrige Treppenhaus lohnt sich, sagt sie. Oben angekommen, führt sie stolz durch ihre Wohnung. Zweieinhalb Zimmer, 43 Quadratmeter, 300 Euro warm. Zwei der Zimmer gehen zum Kanal raus: ihr "Balkonzimmer" und ihr Schlafzimmer. Dohms tritt auf den Balkon und atmet tief durch. "Ich wohne am Canal Grande", sagt sie und lacht.

Im Winter flitzen die Schlittschuhläufer an ihrem Balkon vorbei, im Sommer rauschen die Drachenboote vorüber. Neulich zeigte sich ein Gänse-Paar, mit 13 Jungen.

Als Helga Dohms im Jahr 1962 in die Hegestraße zog, war es hier nicht schön. Nebenan befand sich eine Bäckerei, der Dunst der Backöfen zog in ihre Wohnung. Sie und ihr Mann Wolfgang mussten vor Mitternacht ins Bett, sonst hätte der Lärm der Backstuben das Einschlafen verhindert. Dass die Wohnung zum Isebekkanal rausging, war damals kein Standortvorteil. Das Gewässer war so schmutzig, dass es von allen nur der "Schwarze Kanal" genannt wurde. Geweint hat sie damals, weil sie hier nicht wohnen wollte. Und doch musste sie froh sein, dass sie und ihre junge Familie damals überhaupt eine Wohnung hatten. Ihre alte Wohnung auf Finkenwerder war abgesoffen, die Flut hatte sie weggespült. Die Wohnung in der Hegestraße bekamen die Dohms nur, weil sie den Hauswart-Posten übernahmen. Ihre Tochter war damals zehn und konnte auf das Gymnasium in der Curschmannstraße gehen. Ihr Sohn war vier, in der klammen Wohnung auf Finkenwerder hatte er eine Lungenentzündung bekommen, in der Hegestraße ging es ihm besser. Und so war die Familie zufrieden mit ihrer kleinen Wohnung für 50 Mark im Monat.

Die Zeiten änderten sich. Der Kanal wurde sauber, die Bäckerei zog aus. Und aus Eppendorf wurde ein anderes Stadtviertel. Aber Familie Dohms behielt ihr günstiges Zuhause.

Wolfgang Dohms hat die Gasheizung eingebaut, die Einbauküche, die Dusche. Und als er 1984 an Krebs starb, gab Helga Dohms noch einmal Geld aus für neue Fenster und einen neuen Teppich. Schließlich sollte das hier ihr Alterssitz sein. Sie ist

dreifache Oma, zweifache Ur-Oma. Ihre Tochter wohnt um die Ecke, und von ihrem Balkon konnte sie ihrem Enkelsohn beim Hamburg-Marathon zuwinken. "Diese Wohnung war ein Segen für mich", sagt sie. Sie spricht schon in der Vergangenheitsform.

Das Kündigungsschreiben ist datiert auf den 1. August 2012. Es kam per Kurier. Nicht nur Helga Dohms hat das Schreiben bekommen, auch alle ihre Nachbarn, deren Wohnungen ähnlich geschnitten und groß sind. Also die Mieter, die noch in den 36 Wohnungen an der Hegestraße 46 wohnen. "Für unsere Mandantin besteht ein überwiegendes berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses, da sie anderenfalls an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung des Grundstückes gehindert ist und bei einer Fortsetzung des Mietverhältnisses dadurch erhebliche Nachteile erleiden würde", schrieben die Anwälte ihres Vermieters. "Verwertungskündigung" nennt sich das. Ein Wort wie gemacht für unsere gierige Zeit. Helga Dohms verstand das Schreiben so: Sie ist es nicht mehr wert, in ihrer Wohnung mit Blick auf den Kanal zu leben.

Die Kündigungsfrist läuft am 31. Juli ab. Seit dem August des vergangenen Jahres schläft Helga Dohms schlecht. Woanders wohnen als in den Räumen, in denen sie jetzt seit mehr als einem halben Jahrhundert lebt? "Das kann ich nicht", sagt sie.

Der Eigentümer der Hegestraße 46 hat seine Büroräume zwei Kilometer entfernt in einer Altbauvilla in Winterhude. Der ältere Herr mit dem blauen Hemd und der Strickweste möchte reden, aber seinen Namen und sein Foto nicht in der Zeitung sehen. Sein Geschäft ist leise, nicht mal einen Internetauftritt hat seine Firma. Der Eigentümer kauft Wohnungen auf, saniert sie und verkauft sie. Mit Gewinn. Deshalb hat er auch die Hegestraße 46 im Jahr 2009 erworben. Die Flurstücke 01122 und 01123 in der Gemarkung Eppendorf. Ein marodes Gebäude auf einem Filet-Grundstück. Für ihn ist ein Haus ein kaufmännisches Objekt. Vermieten bringt zu wenig Rendite.

Zum Gespräch hat der Eigentümer zwei Anwälte mitgebracht. Der Eigentümer legt drei große Papierbögen auf den Tisch. Auf den Entwürfen strahlt die Fassade der Hegestraße 46 in sattem Ocker. Das Dachgeschoss wird ausgebaut, die Wohnungen

der Mieter abgerissen. Die historische Fassade soll erhalten bleiben, der Grundriss auch. Neue Wohnungen sollen entstehen: Aus 36 kleinen werden 24 - die kleinste 38 Quadratmeter, die größte 170 Quadratmeter. Eigentumswohnungen nicht nur für Singles, sondern auch für Familien. "Wir können sofort anfangen", sagt er. Wenn die Mieter nicht wären. Acht sind es noch, sagt er. Sie wollen nicht gehen. "Ich will nicht Wohnungen vernichten, sondern retten. Die Mieter hindern uns daran."

Das ist der Konflikt. Auf der einen Seite die alte Witwe und ihre Nachbarn, die ausziehen sollen. Auf der anderen Seite der Investor, der Geld verdienen will - und jetzt Räumungsklagen gegen die Mieter vorbereitet.

Doch der Konflikt hat sich ausgeweitet. Auch die Mieter haben Anwälte engagiert, die Mieterverbände sind in Stellung gebracht. So weit ist es ein Kampf der Juristen, es geht um das starke deutsche Mietrecht im Spannungsverhältnis zum Recht auf Eigentum. Ein Häuser-Kampf, der die Gerichte lange beschäftigen kann.

Es geht aber auch um das große Ganze: Wie wollen wir leben? Und wer darf bestimmen, wo wir leben und aus welchen Bewohnern sich unsere Stadtviertel zusammensetzen? Die Politik? Der Markt? Die Bürger? In die Debatte haben sich viele Wutbürger eingeschaltet. Sie stellen kritische Fragen: an das Bezirksamt Nord und die Bezirksversammlung, also an die Vertreter, die das Volk gewählt hat. Es geht um Fehler und Versäumnisse. Um politische Kultur.

Politiker versprechen "bezahlbaren Wohnraum", vor allem jetzt, im Wahljahr. Doch der Fall an der Hegestraße zeigt, dass der hehre Anspruch an der schönen Wirklichkeit im Stadtteil scheitert. Denn hier soll bezahlbarer Wohnraum vernichtet werden. Zumindest das ist unstrittig.

Genau wie die Tatsache, dass über Jahre Wohnraum nicht genutzt wurde: Viele Wohnungen an der Hegestraße Nr. 46 standen leer - und das Bezirksamt unternahm nichts. Obwohl die Behörde den Wohnraum schützen und Vermieter bestrafen muss, die Wohnungen lange leer stehen lassen. Stattdessen wurden Genehmigungen für den Eigentümer erteilt, obwohl es Zweifel gibt, ob diese überhaupt erteilt werden durften.

Die gute alte Zeit

Gebaut wurden die Häuser an der Hegestraße 46 im Jahr 1891. Heute scheint es so, als

ob seitdem nicht viel an den Gebäuden gemacht wurde. Bis zum Verkauf gehörten nicht nur die Hegestraße 46, sondern auch die beiden Vorderhäuser mit den Nummern 44 und 48 einer Erbengemeinschaft. Mit der Zeit gab es immer mehr Erben, und damit auch mehr Interessen. Das wichtigste Interesse: Geld verdienen. Eher von geringerer Priorität: in die Gebäude investieren. Die Erben waren offenbar zufrieden mit den Mieteinnahmen. Vielleicht muss man es so sehen: Die Bewohner zahlten eine vergleichsweise geringe Miete, dafür investierten sie selbst in ihre vier Wände. Das war der Deal. Mit dem Ergebnis, dass die Mieter gefühlt in Eigentumswohnungen lebten.

1962 zog Helga Dohms ein. 1964 Makbule Can, die Gastarbeiterin aus der Türkei. Makbule Can wohnte damals bei einer alten Frau, die ihr ein Zimmer untervermietete - für 50 Mark, dafür musste Can die Zweieinhalbzimmerwohnung putzen und für die alte Dame einkaufen gehen. 50 Mark - das war die gesamte Miete für die Wohnung. Aber Frau Can war froh, überhaupt eine Wohnung zu haben. Als die alte Frau starb, konnte Makbule Can in der Hegestraße 46b, zweiter Stock rechts, bleiben. Sie holte ihre beiden Kinder aus der Türkei nach Hamburg, die sie alleine großzog. Sie machte sich die Wohnung schön, verlegte Teppiche, baute eine Badewanne in die Speisekammer. Und sie integrierte sich hier, in Eppendorf. Heute ist Makbule Can 78 Jahre alt. Ihr Deutsch ist mit den Jahren perfekt geworden, ihre Beine tragen sie nicht mehr so perfekt, sagt sie. Sie hat rund um die Hegestraße ihre Ärzte, ihre Bekannten, ihre Einkaufsläden. "Ich habe immer hier gelebt", sagt sie. "Zwei Straßen weiter ist für mich schon Ausland."

Im Jahr 1978 zog Corinna Thomssen in die Hegestraße 46c, erster Stock rechts. Dass der Eigentümer sich nicht so recht um sein Wohnhaus kümmerte, machte Thomssen nichts aus. "Die haben uns leben lassen. Hier war Anarchie. Jeder hat gemacht, was er wollte", sagt sie heute. Also verlegte sie Parkett, Fliesen, baute Türen

ein. Klar: Eppendorf war schon in den 70er- und 80er-Jahren kein Arbeiterviertel. Aber die Hegestraße 46 war immer eine Ausnahme, sagt Corinna Thomssen, heute 59 Jahre alt. Hier wohnten Studenten, Handwerker, Kulturschaffende, Lehrer, alte Menschen.

1984 zog auch Martin Schneider ein. Er heißt in dieser Geschichte so, aber im richtigen Leben anders. Warum sein Name in dieser Geschichte geändert wurde, wird später noch wichtig. Schneider ist Handwerker, er zahlt für seine Wohnung 233 Euro warm, hat sie ebenfalls selbst ausgebaut. Sogar einen kleinen Kamin baute er ein.

Im Jahr 2000 zogen Andreas Ster und Iris Grabig ein: Ster wohnt in der 46e, zweiter Stock links, Grabig 46f, Erdgeschoss links. 2001 zog Maggi Willer in die Nummer 46a, Erdgeschoss links. 2006 kamen Siegrid Spiering in die Nummer 46f, zweiter Stock links, und Gerd Schreiner in die 46e, erster Stock links.

Ein Mittwoch Ende Mai. Maggi Willer hat die Nachbarn zusammengerufen, fast alle sind gekommen. Die Front muss stehen. Noch steht sie.

Vor der Tür dämmert Willers Bearded Collie Balou vor sich hin, drinnen wird es emotional. Maggi Willer hat ihre Fotos herausgeholt, Fotos vom Innenhof, wie er einmal war. Die gute alte Zeit. Damals haben sie Blumentöpfe und Sitzgruppen in den Hof gestellt. Sogar einen Rosenbogen, Statuen und einen kleinen beleuchteten Springbrunnen gab es. Der Innenhof war ihr gemeinsames Wohnzimmer. Hier feierten sie Geburtstage, hier saßen sie abends zusammen, bauten eine Leinwand auf und guckten Fußball-WM. Auch eine Hochzeit wurde hier gefeiert. Touristengruppen wurden durch ihren Innenhof geführt. "Es war so schön", sagt Maggi Willer, die die Idee für den grünen Innenhof hatte. Sie schüttelt den Kopf und schaut aus dem Fenster. Wo früher Dahlien wuchsen, ist nur noch der kalte Beton zu sehen.

Der neue Eigentümer

Es sorgte nur kurzzeitig für Unruhe, dass das Gebäude am 1. Mai 2009 einen neuen Eigentümer bekam. Dann wurde es wieder ruhig. Der neue Eigentümer bezahlte 4,7 Millionen Euro für die Gebäude Hegestraße 44, 46 und 48.

Den Mietern aus der Nummer 46 teilte er mit, dass er die Gebäude sanieren werde. Schließlich standen schon zum Zeitpunkt des Verkaufes einige Wohnungen leer. Er schrieb: "Die Eigentümer sind daran interessiert, die vorhandene Bausubstanz weitgehend zu erhalten." Die Mieter sollten bleiben - sie hätten schließlich ordentliche Mietverträge. Der Sommer 2009 sollte der letzte im Innenhof sein. "Wir haben uns einlullen lassen", sagt Iris Grabig heute. Es begann die Vertreibung aus dem Paradies.

Am 19. Oktober 2009, fünf Monate nach dem Verkauf, forderte der neue Eigentümer die Mieter auf, den Innenhof zu räumen. "Pflanzkübel, Blumentöpfe und andere Gegenstände" sollten weg. Er wolle ihre Gebäude an das Fernwärmenetz anschließen. Weil der Eigentümer auch mit einer kostenpflichtigen Entfernung der Pflanzen drohte, bauten die Mieter ihr grünes Wohnzimmer ab.

Doch die Fernwärme kam nicht in die Gebäude im Hinterhof, nur die Mieter in den Vorderhäusern der Nummern 44 und 48 konnten sich darüber freuen.

Den Innenhof neu anlegen wollte Maggi Willer nicht: Die Pflanzen waren teuer. Dem Eigentümer traut sie zu, dass er die Pflanzen verschwinden lässt - und dafür auch noch Geld will. Willer pflanzte die Trauerweide auf das Grab ihrer Mutter. Ein paar Blumenkübel stehen noch hinterm Haus.

Misstrauisch wurden die Mieter spätestens, als sie sahen, was mit leer stehenden Wohnungen passierte. Diese wurden nicht etwa für neue Mieter saniert. Im Gegenteil.

Was im Einzelnen geschah, haben die Mieter akribisch notiert. Auszüge aus ihrem Protokoll der Zerstörung: "Hegestr. 46a, EG re.: Totale Sanierung 2005/2006, Einbau einer Gasheizung, neue Elektrik, neues Bad, neue Küche. Nach dem Auszug der letzten Mieterin (...) 2010 wurde die Wohnung (...) total zerstört, die Heizung herausgenommen, die Fußböden herausgenommen und alle Wände zerschlagen."

Oder Hegestr. 46f, 2. OG re.: "Die Wohnung steht seit 2007 leer und ist danach (...) zerstört worden." Oder 46a, 1. OG li.: "Diese Wohnung, die ab 2004 leer stand, wurde total zerstört."

Im Protokoll stehen noch mehr Beispiele. Für die Mieter ist klar: Der neue Eigentümer hat die Wohnungen absichtlich unbewohnbar gemacht. Die Gebäude sollten mieterfrei werden. Es sollte hier nicht mehr lebenswert sein.

In den Wohnungen der verbliebenen Mieter wurde es ungemütlich. An den Wänden bildeten sich feuchte Stellen, Schimmel. Immer mehr Mieter zogen aus. In den bewohnten Räumen wurde es kalt, weil nebenan, drüber und drunter nicht mehr geheizt wurde. Die Kosten für Strom und Gas stiegen. Die Fenster in den zerstörten Wohnungen standen angeblich im Winter und im Sommer offen, der Schimmel sollte sich nach Auffassung der Mieter ausbreiten.

Der Raum, der einmal Makbule Cans Schlafzimmer war, steht jetzt leer. Sie schläft im Wohnzimmer, dort steht ein Gasofen. "Wenn andere schlafen gehen, ziehen sie sich aus", sagt Makbule Can. Wenn sie ins Bett geht, zieht sie eine Jacke und dicke Socken an.

Andreas Ster aus 46e berichtet, dass sein Nachtspeicherofen plötzlich kaputt war. Später stellte sich heraus, dass jemand mutwillig die Plombe der Sicherung im Treppenhaus aufgebrochen und den Sicherungsschalter von Sters Wohnung umgelegt hatte.

Iris Grabig aus der 46f erzählt, dass ihre Heizung neun Monate lang immer wieder kaputt war. Sie stellte schließlich selbst einen Heizlüfter auf. Und dann sei da noch der Putztrupp, sagt Grabig. Eigentlich sollen die Putzkräfte die Treppenhäuser sauber halten. In Wahrheit kippen sie Wasser gegen die Wände, um die Substanz der Gebäude noch mehr zu zerstören, sagen die Bewohner. Iris Grabig führt in ihr Treppenhaus. Die Wand, hinter der sich ihr Wohnzimmer befindet, ist nass, die Tapete wellt sich. "Gestern war der Putztrupp wieder da", sagt Grabig.

Helga Dohms berichtet von einem Gespräch mit einer Mitarbeiterin des Eigentümers. Diese habe von den vielen Treppen gesprochen, die Dohms jeden Tag bewältigen müsse. Und von dem Staub und dem jahrelangen Lärm einer möglichen

Baustelle. Das sei nichts für eine alte Dame. Und dann bot sie ihr eine Wohnung in einem Wohnstift an, altersgerecht. Frau Dohms lehnte ab und verbat sich weitere Gespräche. Warum denn, fragte die Mitarbeiterin. "Weil Sie meine Feindin sind und meinen Lebensabend zerstören wollen", sagte Helga Dohms.

An den Klingelschildern der Häuser stehen heute die Namen derer, die hier einst gewohnt haben. Einige sind ausgezogen, weil sie sowieso in eine andere Stadt ziehen wollten. Bei anderen hat der Eigentümer nachgeholfen. Dass der Eigentümer nachgeholfen hat, ist unstrittig. Streit gibt es um die Frage, wie er nachgeholfen hat. Denn wenn er die Mieter gemobbt hat, ihnen das Wohnen zur Hölle gemacht hat, dann hat er sich strafbar gemacht. Experten sprechen von "Entmieten".

"Die Mieter sind von selbst ausgezogen. Wir haben nicht gedrängelt", sagt der Eigentümer. Seine Version geht so: Ja, seine Mitarbeiter haben den Bewohnern damals gesagt, dass sie bleiben könnten. Aber etwa ein Jahr nach dem Kauf habe er gemerkt, was für eine Immobilie er da gekauft habe: "totale Rummelbuden". Das Haus sei aus Holz gebaut, nur das Äußere aus Stein. Das Holz sei faul, Mauern beschädigt, überall breite sich Hausschwamm aus, die Decken drohten einzustürzen. Immer größere Schäden seien zum Vorschein gekommen. Der einzige Weg für ihn: die "General-Modernisierung", die nur an einem leeren Haus durchgeführt werden kann. Das habe er seinen Mietern bereits vor der Kündigung gesagt.

Seine Bauarbeiter hätten "von Schädlingen befallene Böden" aus den leer stehenden Wohnungen entfernt, damit die Fäulnis nicht weiter vordringt und die Decken nicht einstürzen. Der Eigentümer erzählt von seinem Hausmeister. Der wollte den Wasserzähler in einer Wohnung im ersten Stock ablesen, der Fußboden unter ihm gab nach, der Mann schlug im Erdgeschoss auf, brach sich das Rückgrat. Fernwärme wäre mit den maroden und einsturzgefährdeten Böden und Decken ohnehin nicht zu machen gewesen. Dass er die Wohnungen absichtlich verkommen lässt, bezeichnet der Eigentümer als Quatsch. "Die leeren Wohnungen waren nicht mehr zu vermieten."

Richtig sei auch, dass seine Mitarbeiter sich um die älteren Menschen im Objekt gekümmert hätten. Andere hätten das Angebot, in Stiftswohnungen zu ziehen, auch angenommen. Dass Frau Dohms und Frau Can das Angebot ausschlagen, kann er nicht

verstehen. Dass seine Mitarbeiter Druck auf sie ausgeübt haben sollen, weist er zurück. Man gehe "freundlich und liebevoll mit den alten Menschen um".

Es steht das Wort der Mieter gegen das Wort des Eigentümers.

Bis zum August 2012 dachten die Mieter, alles könnte noch gut werden. Dann kam die Kündigung. Der Eigentümer will seine Mieter nicht rausschmeißen, weil sie gegen ihre vertraglichen Pflichten verstoßen haben, und auch nicht, weil er Eigenbedarf anmeldet. Er nutzt die dritte und außergewöhnlichste Variante des Bürgerlichen Gesetzbuches: die Verwertungskündigung. Ihrem Schriftsatz fügten die Anwälte ein Gutachten bei, das der Eigentümer in Auftrag gegeben hatte. Darin werden drei Szenarien durchgerechnet: die Rendite im Fall einer "Minimalsanierung", die Rendite im Fall einer "Vollsanierung und Modernisierung aller Bereiche" und die Rendite für den teilweisen Abbruch, Wiederaufbau und Verkauf. Die "Verwertungsperspektive C" ist natürlich die wirtschaftlichste. Das Gutachten bezifferte den Verkaufserlös auf 11,3 Millionen Euro.

Ob der Eigentümer mit seiner Verwertungskündigung durchkommt, ist unklar. Die Hürden für eine solche Kündigung sind durch Urteile des Bundesgerichtshofs hoch. Der Eigentümer muss nachweisen, dass eine Renovierung total unwirtschaftlich ist. Und dass der einzige Weg der Teilabriss und die Modernisierung des - dann von den Mietern befreiten - Gebäudes ist. "Eine Verwertungskündigung ist nur im Extremfall möglich", sagt der Bielefelder Jura-Professor Markus Artz, Experte für Mietrecht.

Rolf Bosse vom Mieterverein sieht diese Kündigungsvariante nur als eine Art "Not-Ausgang" für Eigentümer: Wenn ein Eigentümer bankrott zu gehen droht, dürfe er seinen Mietern kündigen, wenn es eine andere Verwertungsmöglichkeit gebe. Bosse wirft dem Eigentümer vor, selbst für den Zerfall gesorgt zu haben. "Es ist ein Unding, sich seiner Vermieterpflichten jahrelang zu entziehen und dann auch noch aus dieser Verletzung der Pflicht Vorteile ziehen zu wollen", kritisiert Bosse. Und im Verdacht, pleitezugehen, stehe der Eigentümer der Hegestraße 46 nicht. "Er interpretiert das Gesetz so, dass er jeden Mieter rausscheuchen kann, wenn er das Haus anders nutzen

will." Bosse wird seit einigen Monaten immer wieder mit Verwertungskündigungen konfrontiert. Er sagt: "Diese Unverfrorenheit ist ein neues Phänomen."

Das Phänomen trifft einen bunten Haufen. Liebevoll-chaotisch ist vielleicht eine ganz passende Beschreibung für die verbliebenen Kämpfer vom Kanal. Sie haben lange stillgehalten - vielleicht auch, weil die Miete so günstig ist. Und weil sie an das Gute geglaubt haben. Doch als die Kündigung kam, redeten sie mit anderen Eppendorfern über ihr Problem. Sie merkten: Sie sind nicht allein. Es gibt Widerstand im Viertel, weil alte Häuser in der Eppendorfer Mitte, dem historischen Dorfkern, einem Neubau-Ensemble weichen sollen. Es gibt Widerstand gegen Neubaupläne von Luxuswohnungen in der Martinstraße. Dort sollen alte Mieter aus Stiftswohnungen an den Grandweg umgesiedelt werden. Auch dort gibt es Leerstand. Im vergangenen September hat sich die Bürgerinitiative "Wir sind Eppendorf" gegründet. Ihr Slogan: "Lasst das Dorf in Eppendorf". Die Truppe aus der Hegestraße und ihr Vermieter passen da gut rein, auch wenn das Streitobjekt streng genommen gar nicht in Eppendorf liegt, sondern in Hoheluft-Ost.

Götz von Grone und Bernd Vetter von der Bürgerinitiative versprochen Hilfe. Von Grone wurde so etwas wie der politische Anwalt der Mieter, Rechtsanwalt Vetter vertritt die Mieter vor Gericht. Die beiden haben Erfahrung im Kampf gegen Wohneigentümer: Sie wohnen an der Haynstraße 1, sie haben ihr Haus in den 70er-Jahren besetzt, um den Abriss zu verhindern, sie haben sich vor Gericht erfolgreich gegen ihre Kündigung gewehrt. Genau 40 Jahre ist das jetzt her, als ihr Kampf begann.

Für die Kampfgenossen an der Hegestraße setzten sie ein Flugblatt auf. Und plötzlich war sie da: die Frage nach der Verantwortung der Politik. Es ist eine der Schlüsselfragen in dieser Geschichte: Warum haben die verantwortlichen Politiker diese offensichtliche Vernichtung von preiswertem Wohnraum nicht verhindert?

Wohnungspolitik

Harald Rösler empfängt in seinem Amtszimmer, auf dem Tisch liegt die orangefarbene Akte mit dem Hamburg-Wappen und der Aufschrift "Hegestraße 46a-f". Der Leiter des Bezirksamts Hamburg-Nord wirkt ein wenig zerknirscht. "Wir hätten die Sache vielleicht noch sensibler handhaben müssen", sagt er.

Der Anspruch an sein Bezirksamt ist hoch: Seine Beamten müssen Tausende Bauanträge bearbeiten. Sie haben laut dem Hamburgischen Wohnraumschutzgesetz auch die Aufgabe, "auf die Instandsetzung, die Erfüllung von Mindestanforderungen und die ordnungsgemäße Nutzung von Wohnraum hinzuwirken und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen". Stehen Wohnungen leer, müssen sie einschreiten. Werden Wohnungen entmietet, sind sie auch zuständig.

Und immer soll es dabei transparent und demokratisch zugehen.

Rösler sagt, er habe von dem Fall Hegestraße Anfang April zum ersten Mal gehört. Am 11. April dieses Jahres fand im Großen Sitzungssaal der Bezirksversammlung an der Robert-Koch-Straße 17 die öffentliche Bürgerfragestunde statt. Götz von Grone von der Bürgerinitiative machte die Hegestraße 46 zum Thema. Das kann man heute im Protokoll der Sitzung nachlesen unter dem Punkt "Spekulationsobjekte Hegestraße 46a-f". Von Grone berichtete vom jahrelangen Leerstand. Und wollte wissen, ob die Pläne des Eigentümers dem Bezirksamt bekannt seien und ob es eine Baugenehmigung gebe. Und er fragte: "Was tut das Bezirksamt, um die Rechte der Mieter zu schützen?"

Im Bezirk Nord regiert die SPD. Ihr Fraktionschef Thomas Domres antwortete, dass er die Folgen für die Mieter bedauere, dass es juristisch aber keine Möglichkeit gebe, dies zu verhindern. Die Antwort des Bezirksamtsleiters Harald Rösler wird in dem Protokoll so wiedergegeben: "Herr Rösler erläutert, das Bezirksamt wird in der nächsten Sitzung des zuständigen Unterausschusses Bau das Projekt nochmals vorstellen. Es wird in diesem Zusammenhang auch geprüft, ob irgendwelche Versäumnisse vorliegen."

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Der Unterausschuss Bau ist so etwas wie das Kontrollgremium des Bezirksamts. Vertreter aller Parteien sind dort vertreten. Die Idee dahinter: Das Volk, das die Bezirksabgeordneten gewählt hat, bekommt Einblick in wichtige oder strittige Bauprojekte.

Doch der Bauausschuss hat mit Transparenz gar nichts zu tun. Im Organigramm ist er als Anhängsel des Regionalausschusses Eppendorf/Winterhude versteckt. Und: Er tagt unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Begründung für die Geheimniskrämerei: Im Ausschuss gehe es um sensible Personendaten. In den Ausschuss kommen Neubauvorhaben und Änderungsbauten und "Vorhaben von öffentlichem Interesse". Ist aber auch egal - es bleibt ja ohnehin geheim. Rösler will jetzt den Kriterienkatalog für die Vorlage im Ausschuss überarbeiten und erweitern.

In einer Sache hat Rösler jedoch in der Bürgerfragestunde nicht ganz die Wahrheit gesagt. Nämlich als er sagte, dass sein Amt den Fall Hegestraße dem Bauausschuss "nochmals" vorstellen wollte. Denn: Der Fall war vorher nie im Bauausschuss gewesen. Warum nicht? Das Bezirksamt bemüht sich heute, den Chef aus der Schusslinie zu holen: "Da es sich lediglich um eine Sanierungsmaßnahme handelt, war keine zwingende Veranlassung für eine Vorstellung im Ausschuss gesehen worden. Gleiches gilt für die Unterrichtung des Bezirksamtsleiters."

Dass die Sache früher in den Bauausschuss gemusst hätte, will Rösler so nicht sagen. Er gibt folgendes Zitat zur Veröffentlichung frei: "Die Sache hätte dem Bauausschuss vorgestellt werden können."

Auch die Bauanträge für das Vorhaben des Eigentümers werfen Fragen auf. Die Linkspartei in der Bezirksversammlung zwang das Bezirksamt im Mai mittels einer Kleinen Anfrage, über die gestellten Bauanträge Auskunft zu geben. Ergebnis: Am 27. Februar 2012 hatte der Eigentümer einen Bauantrag im vereinfachten Verfahren für die Gebäude der Hegestraße 46a bis f gestellt. Am 21. Juni 2012 erteilte das Bezirksamt die Baugenehmigung.

Die Linken fragten weiter: Ob sich die Beamten denn ein Bild von der Lage gemacht hätten? In der Antwort auf die Anfrage steht: "Es haben Ortsbesichtigungen stattgefunden, die aber nicht dokumentiert wurden." Das Abendblatt hat beim

Bezirksamt nachgefragt, welche Gutachten die Beamten in ihre Entscheidungen miteinbezogen haben. Antwort: die beiden Gutachten, die im Auftrag des Eigentümers erstellt wurden.

Die Anfrage ergab auch, dass dem Eigentümer im Frühjahr noch eine wichtige Genehmigung gefehlt hat: Um sein Vorhaben umsetzen zu können, braucht der Eigentümer nämlich auch eine Zweckentfremdungsgenehmigung. Nur mit dieser Genehmigung darf er sein Haus leer stehen lassen. Und nachweislich stehen ja in seinen Gebäuden Wohnungen schon seit Jahren leer.

Trotzdem hatte er die Genehmigung nicht. Das fiel offenbar auch dem Bezirksamt auf, nachdem "hausintern recherchiert" worden war. "Um der Rechtslage zu entsprechen", wurde der Eigentümer aufgefordert, den Antrag zu stellen. Flugs ging am 15. Mai der Antrag des Eigentümers ein - und wurde nur sieben (!) Tage später genehmigt.

Für den Mieter-Anwalt Vetter ist das ein Skandal: "Das ganze wirkt wie eine rückwirkende Legalisierung des jahrelangen Leerstands. Der Eigentümer hat die Mieter betrogen, weil er seine Wohnungen vorsätzlich hat leer stehen lassen. Das war dem Bezirksamt bekannt. Und trotzdem hat es die Genehmigung erteilt. Das Bezirksamt, die SPD und der Eigentümer arbeiten Hand in Hand. Das wirkt wie geschmiert." Vetter wirft dem Bezirksamt "Rechtsverstöße" vor.

Die Bezirke stehen unter Druck: Der SPD-Senat hat mit ihnen 2011 einen "Vertrag für Hamburg" unterzeichnet. Das Ziel: Pro Jahr sollen 6000 Wohnungen gebaut werden. Das bedeutet: schnellere Genehmigungsverfahren. Der Senat wollte "mehr bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt" erreichen. Wohlgermerkt: An der Hegestraße 46 gibt es jetzt 36 bezahlbare Wohnungen - künftig nur 24, überwiegend teure.

Sogar eine Prämie für die Bezirksversammlung hat Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) ausgelobt. Pro genehmigter Wohnung 250 Euro, die Ausschüttungsobergrenze liegt bei 1,5 Millionen Euro pro Jahr.

Im vergangenen Jahr wurden im Bezirk Nord 1517 Bauanträge gestellt. 26 Mitarbeiter sind für die Bearbeitung zuständig - sie müssen Gutachten lesen, sich ein

Bild von den Bauvorhaben machen, genehmigen oder ablehnen. Im Zuge der Wohnungsoffensive des Senats gab es im Bezirk Nord gerade mal eine zusätzliche Kraft.

"Warum haben sich die Mieter nicht vorher ans Bezirksamt gewandt?", fragt Bezirksamtsleiter Rösler. Dann hätten seine Mitarbeiter den Entmietungs-Vorwürfen nachgehen können.

Seinen Mitarbeitern ist dann doch noch aufgefallen, dass an der Hegestraße 46 einige Wohnungen leer stehen. Im Juli 2012 war das, als der Leerstand schon viele Jahre vorlag. Warum hat das Bezirksamt auch nach Bekanntwerden, also fast ein Jahr lang, nichts getan? Das Bezirksamt teilt mit: "Nach dem schlüssigen Vortrag des Grundeigentümers konnte davon ausgegangen werden, dass weder ein Abriss und die Schaffung von Luxuswohnraum beabsichtigt waren, noch den aktuellen Eigentümern eine vorsätzlich unterlassene Instandsetzung nachgewiesen werden kann." Bei ihrem Urteil verließen sich die Beamten also auf das, was ihnen der Eigentümer erzählte. Man kann das blauäugig nennen. Oder Überlastung: Der Bezirk Hamburg-Nord hat 168.000 Wohnungen. Für den Wohnraumschutz gibt es einen Mitarbeiter.

Thomas Domres hat in das SPD-Fraktionsbüro an der Martinstraße geladen. An der Wand hängt ein Porträt von Willy Brandt. Domres arbeitet als Briefträger in Eppendorf, kennt hier jeden. Er ist hier aufgewachsen, er ist Vorsitzender des Eppendorfer Bürgervereins. Mehr Eppendorf geht nicht. Seine Frau Anja Domres sitzt für die SPD in der Bürgerschaft. Sie hat ihr Büro an der Hegestraße 40, direkt neben dem Streitobjekt. Und doch wollen beide jahrelang nichts von dem Problem an der Hegestraße 46 gewusst haben.

Jetzt hat Domres lange über den Fall nachgedacht. Aber keine Lösung gefunden. "Das ist unerfreulich", sagt er. Unerfreulich? Domres denkt kurz nach. "Man könnte auch sagen: große Kacke." Aber der Eigentümer hat die Baugenehmigung - dagegen ist nichts zu machen. Da wäre auch ein Appell an den Eigentümer, seine Pläne zu verwerfen, einfach nur peinlich gewesen.

Als Kind ist Thomas Domres in Eppendorf zur Schule gegangen. Das Eppendorf von damals kannte keine schönen Boutiquen, keine teuren Restaurants, keine

schmucken Läden. Durch die Eppendorfer Landstraße fuhr die Straßenbahn, Linie 18. Und irgendwann sang im Onkel Pö Udo Lindenberg, später wohnte Boris Becker nebenan. Mit der Zeit verschwand das Dorf. Die Wohnungen und die Autos wurden größer, die Handwerker weniger. Familie van der Vaart zog hierher, die Brüche verschwanden, die Häuser und die Menschen wurden immer ähnlicher.

"Homogenisierung" nennt Domres diesen Prozess. Er spricht von einem "dramatischen Strukturwandel, der dem Stadtteil nicht guttut".

Domres findet: "Die Politik muss ein schärferes Auge darauf richten, wenn Wohnungen verwahrlosen."

Aber kann die Politik nicht mehr tun, wenn Menschen beiseite geschoben werden? Für die Sternschanze gibt es eine soziale Erhaltungsverordnung. Die soziale Struktur der Wohnbevölkerung soll so geschützt werden. Teilabrisse, Grundrissänderungen, Luxusmodernisierungen können verboten werden. Auch bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum redet die Stadt mit. Wo es keine solche Verordnung gibt, ist die Umwandlung meist nur eine Formsache. Auf der Schanze soll verhindert werden, dass sich dort nur noch Gutverdiener ein Leben leisten können. Für die Gegend um den Eppendorfer Baum sei das nichts, sagt Domres. Er fragt: "Welche Schicht soll denn hier geschützt werden? Die alten Mieter an der Hegestraße schon, aber Sylvie van der Vaart auch?" Ihr Name fällt oft bei der Recherche. Aber könnte nicht auch die zugereiste Holländerin samt Rest-Familie völlig zu Recht behaupten: "Wir sind Eppendorf"?

Für Götz von Grone von der gleichnamigen Bürgerinitiative ist der Fall klar: Das Bezirksamt hat Fehler gemacht und diese vertuscht. Und die SPD, die Partei der Mieter, hat die Mieter aus der Hegestraße 46 im Stich gelassen. Überhaupt fühlt er sich von der Politik im Bezirk nicht ernst genommen. "Sie sehen uns als Belästigung und nicht als Bereicherung", sagt er.

Letztens hatte der SPD-Bundestagskandidat einen Stand im Wahlkreis aufgebaut. Das Thema Wohnen kommt ja gerade im Bundestagswahlkampf ganz groß raus. Jeder zweite Deutsche wohnt zur Miete. Das heißt: Die Zielgruppe ist groß. Alle Politiker in Berlin schimpfen plötzlich gegen Horror-Mieten, Verdrängung und

Preistreibereien beim Mieterwechsel. Sogar Angela Merkel und ihre CDU wollen die Erhöhung der Miete begrenzen, wenn der Mieter wechselt. Die Idee hat sie von der SPD. Jetzt wollen die Sozialdemokraten das Feld zurückerobern.

Götz von Grone sagte also dem SPD-Bundestagskandidaten an dessen Stand, dass er ihn nicht wählen werde - wegen der Politik im Bezirk. Der Mann soll laut von Grone ziemlich bestürzt gewesen sein. "Der hat überhaupt keine Ahnung, was hier los ist", sagt er.

An einem Dienstagabend im Mai treffen sich 80 Bürger in der Aula der ehemaligen Wolfgang-Borchert-Schule an der Erikastraße. 19.30 Uhr. Der Saal ist voll. Es grummelt im Publikum. Es ist die dritte Bürgerversammlung innerhalb weniger Monate zum Thema: "Was passiert mit Eppendorf?" Eva Montano, Eigentümerin der Mexiko-Galerie, erzählt, dass sie nun nach 13 Jahren ihren Laden aufgeben muss. Das Haus in Eppendorf ist verkauft worden. "Es ist eine Katastrophe, mein Traum ist in kleine Stücke zerrissen worden", sagt sie.

Auch Siegrid Spiering aus der Hegestraße ist gekommen. Sie stellt sich vors Mikrofon und sagt: "Wenn man Häuser kauft, in denen Menschen wohnen, dann muss man sich überlegen, was mit den Menschen passiert, die da drinnen leben." Großer Applaus.

Das schöne Geld

Der Eigentümer spricht lieber über Grundrisse und Mauern als über Gefühle und Menschen. Und trotzdem: Was ist das für ein Gefühl, wenn man den Leuten sagen muss, sie sollen sich eine andere Wohnung suchen? "Keiner fühlt sich wohl, wenn er Menschen verpflanzen soll", sagt er. Und fragt gleichzeitig: "Sollen wegen einer Mieterin, die in ihrer Wohnung bleiben will, 30 Wohnungen nicht saniert werden?"

Noch sind es mehr als eine, die nicht weichen. Aber die Anzahl der Mieter, die um ihre Wohnung an der Hegestraße 46 kämpfen, ist weiter geschrumpft. Es ist Juni geworden. Zu acht sind sie noch, sechs von ihnen stehen an einem Sonntagnachmittag

im Hof. Die Stimmung ist gedrückt. Die Mieter haben gerade erfahren, dass Martin Schneider, der im richtigen Leben anders heißt, sie verlassen wird. Vor einigen Tagen hat er noch gesagt, wie grausam er hier alles findet. Und er hat von einem "Alleingang" gesprochen, den er versuchen wollte.

Jetzt wissen seine Nachbarn, was er damit gemeint hat: Schneider zieht aus. Er hat Geld vom Eigentümer bekommen. Der Eigentümer hätte dem Abendblatt fast gesagt, wie viel ihm der Abgang wert war. Aber dann hat er es doch nicht gemacht. Das wäre vielleicht doch nicht so gut für Herrn Schneiders Ruf. Der Eigentümer hat gegrinst.

Iris Grabig ist sauer auf ihren Nachbarn: "Das hätte ich auch nicht anders von ihm erwartet. Den interessiert doch nur das Geld." Sie zeigt auf die Hausnummer 46b. Im Fenster im ersten Stock stehen noch Blumenvasen, das Rollo ist halb heruntergelassen. Ein portugiesisches Ehepaar hatte da noch bis zum vergangenen Jahr gewohnt, die beiden waren Teil der lebendigen Nachbarschaft. Eines Morgens waren sie verschwunden. Haben ihre Koffer gepackt und sich über Nacht vom Hof gemacht. Auch sie haben Geld vom Eigentümer bekommen, sagen die Mieter. Genauso wie der Rentner, der in die Stiftswohnung gezogen war. Und die Lehrerin aus dem Haus von Helga Dohms. Sie zieht in den kommenden Tagen aus. Bei den Nachbarn ist die Frau unten durch. "Wir müssen doch zusammenhalten", sagt Corinna Thomssen.

Der Kampf um die Wohnung ist also so weit gekommen, dass jeder für sich selbst kämpft. Dem Eigentümer kann das nur recht sein. 48 Ersatzwohnungen habe er jedem der verbliebenen Mieter angeboten, sagt er. Einige hätten das gerne angenommen. Andere brauchten eben noch ein bisschen Geld zusätzlich.

Die Mieter sagen, die Wohnungen, die ihnen angeboten wurden, seien entweder kleiner, teurer oder draußen in Jenfeld oder Norderstedt gelegen.

Der Eigentümer sagt, dass die Mieter keinen Anspruch auf eine Wohnung mit Wasserblick hätten. "Wir wollen die Menschen nicht vom Eppendorfer Baum wegjagen. Aber es ist kein Naturrecht, dort zu wohnen."

Und auch das Argument, dass er günstigen Wohnraum vernichte, lässt er nicht gelten. Klar, die neuen Besitzer der Eigentumswohnungen oder deren Mieter zahlen

einen stolzen Preis. Aber: "Für jede Wohnung, die gekauft wird, wird eine andere, günstige, frei."

Der Eigentümer sagt, dass die Mieter aus der Hegestraße schlecht beraten werden. Von diesem ehrgeizigen Herrn Bosse vom Mieterverein zum Beispiel. Der hätte sich auf einer Mieterversammlung hingestellt und den Menschen versprochen, für jeden Mieter seien 150.000 Euro Abfindung drin.

Auch von der Bürgerinitiative hält er nicht viel. Alles Alt-68er. Die Herren von Grone und Vetter machten aus allem einen Klassenkampf. "Eine Sanierung ist in deren Augen immer gleich eine Luxus-Sanierung Und dann ist man immer sofort der asoziale Ausbeuter und das Kapitalistenschwein", sagt er. Vor Kurzem hat er noch einmal einen Versuch unternommen, sich doch noch ohne langwierige Gerichtsprozesse von den Mietern zu trennen. Denn: Mit jedem Tag, an dem er nicht bauen kann, rückt die Rendite in weite Ferne. Die Belohnung für den Auszug hat er auf 20.000 Euro erhöht. Wer immer noch nicht heraus will, für den hat der Eigentümer folgenden Vorschlag: Für die Zeit der Bauarbeiten sollen die Mieter raus. Danach könnten sie "eine Ersatzwohnung im Objekt zur Miete" erhalten. Die Miete solle zwischen zehn und elf Euro pro Quadratmeter betragen.

Für das Angebot infrage kommen wohl nur die geplanten Zweizimmerwohnungen im Erdgeschoss: 38 Quadratmeter, 418 Euro kalt. In den oberen Stockwerken, wo die meisten Mieter wohnen, soll es künftig nur Vierzimmerwohnungen geben. Die können sich die jetzigen Mieter nicht leisten.

Mieter-Anwalt Vetter hat das Angebot der Gegenseite abgelehnt: Die Kündigung sei unwirksam. Seine Mandanten wollen in ihrer Wohnung, ihrer Heimat, bleiben - und sonst nirgendwo.

Der Kampf geht also weiter. Die Mieter werden entweder den Angeboten des Eigentümers widerstehen oder doch irgendwann ausziehen. Helga Dohms und Makbule Can, den beiden Ältesten, geht es schlecht. Aber sie wollen weitermachen. Maggi Willer macht das alles sogar Spaß. Sie freut sich auf den Prozess, sie freut sich auf Protestaktionen. "Ich will, dass die Guten dieses Mal gewinnen", sagt sie. Die

Bürgerinitiative hat Anzeige beim Bezirksamt gegen den Eigentümer erstattet: wegen Verstößen gegen das Hamburgische Wohnraumschutzgesetz.

Und die Politiker sind aufgewacht: Immer mehr Lokalpolitiker schauen an der Hegestraße 46 vorbei. Die Piratenpartei recherchiert, ob das Bezirksamt und der Eigentümer unter einer Decke stecken. Und Bezirksamtsleiter Harald Rösler verkündet: "Wenn die Vorwürfe gegen die Eigentümer hinsichtlich der Entmietung und mutwilligen Zerstörungen zuträfen, wäre das eine Sauerei. Deshalb führen wir jetzt entsprechende Ermittlungen durch."

Es geht auch anders. Dazu muss man den Hof der Hegestraße 46 verlassen und nach links abbiegen. Es geht vorbei an einem Netto-Markt und einer Tankstelle. Die Hegestraße 10a bis f ist auch ein Hinterhof - und sieht vom Bau her genauso aus wie die Hegestraße 46.

Die Fassade leuchtet freundlich weiß, der Innenhof ist grün, Sitzgruppen stehen dort, für die Grillfeste der Bewohner. Im Winter feiern sie im Partyraum im Vordergebäude, er wird ihnen kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Die Gebäude gehören einer Erbgemeinschaft. Das Ziel: Das Objekt soll lange in Familienbesitz bleiben. Das geht nur, wenn investiert wird. Wird eine Wohnung frei, rücken sofort die Handwerker an. Aber nicht, um die Räume zu zerstören, sondern um sie zu sanieren. Jahr für Jahr geht das so. In diesen Tagen soll die Fassade neu gestrichen werden.

Alle 34 Wohnungen werden vermietet. Die Eigentümer haben widerstanden, die Gebäude zu verkaufen. Die Zweieinhalbzimmerwohnungen kosten im Schnitt 500 Euro warm - ein angemessener Preis für 45 Quadratmeter in dieser Lage.

Der Verwalter der Hegestraße 10 sagt, dass die Bewohner und die Eigentümer entsetzt seien über das, was an der Hegestraße 46 passiert. Und er berichtet, dass einige der Bewohner von drüben angefragt hätten, ob hier noch etwas frei sei. Er habe dann leider absagen müssen. Weil es so etwas Schönes am Eppendorfer Baum nicht mehr gibt.